

**TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE**

P.ATX/4

Bonn, den 7. Januar 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Die Agrarpolitik der Bundesregierung Erhard</u> Erneuerung der deutschen Landwirtschaft Von Dr. R. M. Schmidt, MdB	69
3	<u>Ohne Wahlaussichten</u> Die Minderheiten diesseits und jenseits von Plensburg	49
4 - 6	<u>"Angriff auf das Unterbewußtsein"</u> Unterentwickelter Verbraucherschutz	112
6	<u>Warnsignal</u> Zum Inkrafttreten der USA-Kollvergeltung	26

Chefredakteur Günter Markscheffel

## Die Agrarpolitik der Bundesregierung Erhard

### Irreführung der deutschen Landwirtschaft

Von Dr. R. M. Schmidt, MdB

In einem zweiten Artikel wird sich Dr. R.M. Schmidt, MdB, Agrarexperte der SPD, mit den zu erwartenden Auswirkungen der Brüsseler Beschlüsse für die deutsche Landwirtschaft befassen.

Die Redaktion

Die vorweihnachtlichen Grundsatzbeschlüsse zu den drei neuen Marktordnungen für Milch, Rindfleisch und Reis haben alle Regierungspolitiker der sechs Partnerschaftsländer befriedigt. Ihr Selbstlob war unüberhörbar. Die nachherige Stille bis heute ist das Zeichen dafür, daß viele Fragen überspitzt und hochgespielt waren und nicht den Rang eigentlicher Kernpunkte einnehmen. Noch ist die Rauferei nicht zu Ende - bekanntlich sitzt oft der Teufel im Detail. Erst wenn die drei Marktordnungen im endgültigen Text vorliegen, wird man beurteilen können, was die Bundesregierung ausgehandelt hat und ob der zur Schau gestellte Optimismus der Staatssekretäre Wittenbraker und Lahr und des Bundesministers Schwarz in seiner Weihnachtsansprache berechtigt war oder nicht. Sie haben zum Beispiel verschwiegen, daß sie sich bereits zu einem einheitlichen Milcherzeugerpreis und zu einem Abbau des Trinkmilch-Werkmilchausgleichs und der Milchprämien ab 1966 einverstanden erklärt hatten.

Die Bauern haben allen Grund, den rosaroten Optimismus der Bundesregierung nicht für bare Münze zu nehmen. Die eigentlich schwerwiegenden Entscheidungen über den Milch- und den Getreidepreis sind auf das Jahr 1966/67 vertagt. Und warum?

Erstens unterlag Kanzler Erhard einem CDU/CSU-innerparteilichen Druck von unten her. Die CDU-Abgeordneten ländlicher Wahlkreise sahen ihre Mehrheiten schwinden, weil die Landwirtschaft in steigendem Maße der CDU/CSU die Gefolgschaft versagt. Wenn schon keine Verhinderung dieser Entscheidung möglich ist, so glauben sie doch, in deren Hinanzögern die Wählernte 1965 noch gut in die Scheuern bringen zu können.

Zweitens, weil die Bundesregierung weiß, daß sie ab 1966 nicht mehr Herr der Brüsseler Ministerratsbeschlüsse ist. Der automatische Übergang in die dritte Stufe bringt auch im Bereich der Agrarpolitik die einfachen Mehrheitsbeschlüsse. Die Bundesregierung glaubt dann, die Verantwortung auf die Mehrheit des Ministerrats abwälzen zu können. Sie muß aber auch wissen, daß es in dieser Lage kein Ausweichen durch Zugeständnisse auf anderem agrarpolitischen Gebiet mehr gibt. Die Chancen des erfolgreichen Verhandeln werden ab 1966 entscheidend geringer.

In diese Lage hat die Bundesregierung sich selbst und die Bauern hineingebracht. Die SPD hat das seit Jahr und Tag kommen sehen. Anstatt ein Verhandlungspaket zusammenzustellen, in dem auch wirtschafts- sozial- und finanzpolitische Probleme enthalten sind und Alternativ- vorschläge auszuarbeiten, hat man sich Einzelregelungen abtrotzen lassen, die noch lange keinen Gemeinsamen Markt ergeben und die auf die Dauer allein auch gar nicht funktionieren können.

Die Irreführung der Bauern durch die Bundesregierung ist nicht zu verantworten. Die Erklärungen des Ministers Schwarz und der Staatssekretäre vor den Verhandlungen, daß erst der Wettbewerb in Ordnung gebracht werden müsse, ehe man neue Marktordnungen beschliesse, müssen heute als unehrlich bezeichnet werden. In der Vorweihnachtsitzung war von Wettbewerbsfragen gar nicht mehr die Rede, nachdem die Bundesregierung durch ihr unüberlegtes Gerede um die Beihilfen sich selbst den Strick um den Hals gelegt hat. Gewiß, die Beihilfen sind ein Teilkomplex der Wettbewerbsfragen. Aber sie sind nicht alles. Jedenfalls ist und bleibt die Herstellung gleicher Wettbewerbschancen eine Kernforderung der deutschen Landwirtschaft. Anders beim Bundeskanzler Erhard - er hatte in Brüssel nur den Handel mit Drittländern im Auge.

Die Agrarpolitiker der Regierungsparteien des Bundestages, CDU/CSU und FDP, werden in dieser Lage ihre alte Taktik wiederholen. Sie werden in den kommenden Monaten sich damit begnügen, durch entsprechende Entschliessungen einerseits Selbstbefriedigung, andererseits Verdunklungsmanöver zu betreiben.

Ihr so tun als "ob" ist ein zu durchsichtiges Wahlbetrogema- növer an deutscher Bauernstand. Das ist um so verwerflicher, als sie alle wissen, daß die beiden noch ausstehenden Entscheidungen über den Milch- und den Getreidepreis für alle EWG-Partner die schwierigsten sind, die sie zu fällen haben werden. Sie werden auch nur durch einen fairen Kompromiß zu lösen sein. Die Regierungsparteien haben bei diesem Spiel nicht in Rechnung gestellt, daß die Landwirtschaft dieses Manöver bereits durchschaut hat.

### Ohne Wahlaussichten

#### Die Minderheiten diesseits und jenseits von Flensburg

sp. - In Dänemark finden 1964 Reichstagswahlen statt und die deutsche Minderheit in Nordschleswig befürchtet, daß ihre, die Schleswigsche Partei, das einzige Folketingmandat verlieren wird, das gegenwärtig der Reichstagsabgeordnete Schmidt-Oxbüll innehat. Schon zum Jahresanfang kam das Organ der Partei, der in Apenrade erscheinende "Nordschleswiger", mit der Schlagzeile heraus "1964 wird für die deutsche Minderheit ein Kampfjahr!"

Zwar liegt die Schleswigsche Partei aufgrund einer Gallup-Umfrage vom Dezember nicht schlecht, denn sie erhöhte ihren Anteil in der Wahlbereitschaft, bezogen auf ganz Dänemark, von 0,3 auf 0,5 Prozent. Aber die Verbesserung der Stellung der Minderheit bei den Wählern braucht trotzdem nicht auszureichen, um ihr das eine Mandat zu sichern.

Aus Gründen, die mit der Minderheit nicht in Verbindung stehen und sich nicht gegen sie richten, kann sie nämlich im Nordschleswigschen Großkreis, in dem nach dänischem Wahlrecht (wie woanders auch mehrere Abgeordnete von den Parteien zu wählen sind, trotz leichter Stimmengewinne durchfallen. Rutscht die Minderheit in der Rangliste an die letzte Stelle, so kommt sie nicht in den Reichstag, weil sie eben als Partei, die nur in diesem Kreis auftritt, nicht über eine Landesliste abgedeckt wird und dann an der Sperrklausel des Wahlgesetzes mit 60 000 Stimmen scheitern muß.

Daneben hat es die industrielle Entwicklung des Grenzgebietes, von der die deutsche Minderheit durchaus profitierte, mit sich gebracht, daß die national-dänisch denkende Bevölkerung zugenommen hat, während die deutsche Minderheit auf ihrem Stand blieb. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Grenzraum, Peter Gjorssen, hat erklärt, von einem demokratischen und besonders nordschleswigschen Gesichtspunkt aus wäre es am besten, wenn die Minderheit auch künftig ihre Angelegenheit selbst im Folketing vertreten könnte. Es sei Aufgabe der Minderheit selbst, ihre Reserven hervorzuholen.

Hinter dieser Feststellung verbirgt sich aber der Hinweis, daß man im Reichstag in Kopenhagen durchaus bereit wäre, der Minderheit eine Vertretung zu geben, wenn sie bei der Wahl scheitern würde. - Das könnte in der Form eines Parlamentsbeobachters ohne Stimmrecht oder eines Mannes geschehen, der bei den Ausschusssitzungen beratend hinzugezogen würde. - Vor ähnlichen Problemen steht übrigens auch die dänische Minderheit, der Südschleswigsche Wählerverband bei der Landtagswahl für das Kieler Abgeordnetenhaus im Frühjahr 1967. Fällt die Stimmzahl des SSW noch weiter zurück, so ist der Sitz des Abgeordneten Berthold Bahnsen gefährdet.

Sicher wäre es zu bedauern, wenn die Minderheiten diesseits und jenseits der deutsch-dänischen Grenze nicht mehr in Folketing und Landtag vertreten sind. Aber besondere Ausnahmeregelungen in den Wahlgesetzen sind wohl kaum noch denkbar. Eine Vertretung - wenn auch ohne Stimme - in Kopenhagen und Kiel wird es aber trotzdem auf alle Fälle geben, denn das Klima an der Grenze im Norden ist liberal und den Minderheiten gegenüber aufgeschlossen.

### "Angriff auf das Unterbewußtsein"

- \* In einem dem hessischen "Der Sozialdemokrat" gewährten Interview
- \* befaßte sich die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Frau
- \* Lucie Beyer mit Verbraucheraufklärung und Verbraucherschutz - ein Gebiet, das bei uns noch unterentwickelt ist.

Frage: Frau Beyer, Sie haben am 4. Dezember 1963 eine Große Anfrage der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion zu Fragen der Verbraucheraufklärung und des Verbraucherschutzes begründet. Was hat die SPD-Bundestagsfraktion veranlaßt, diese Probleme zum Anlaß einer Großen Anfrage zu nehmen?

Lucie Beyer: Die immer schnellere Folge der technisch neuen und ständig komplizierteren Erzeugnisse hat in den letzten zehn Jahren dazu geführt, daß heute kaum noch ein Verbraucher in der Lage ist, sich über den wirklichen Wert einer Ware ein Urteil zu bilden. Zu dieser technischen Kompliziertheit kommt noch die Werbung mit ihrem laufend steigenden Aufwand und ihrem teilweise massiven Angriff auf das Unterbewußtsein des Menschen hinzu.

Nach unserer Auffassung kann es nicht ausreichend sein, den Käufer zum verbraucherbewußteren Verhalten aufzufordern. Die Bundesregierung und der Bundestag haben dafür Sorge zu tragen, daß der Verbraucher über wichtige Marktvorgänge aufgeklärt und vor Mißbräuchen geschützt wird.

Frage: Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um dieses Ziel zu erreichen?

Lucie Beyer: Wir müssen erstens dem Verbraucher eine Hilfestellung geben, damit er zu einer eigenen Urteilsbildung über Qualität und Angemessenheit des Preises kommt, und zweitens Möglichkeiten finden, um ihn vor der überwältigenden Werbung zu schützen.

Frage: Was halten Sie von den bisherigen Maßnahmen auf diesem Gebiet?

Lucie Beyer: Nun, es ist bereits einiges auf diesem Gebiet geschehen. Die Frage ist nur, ob das, wie es getan wird, richtig und ausreichend ist. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Vor einiger Zeit bekam ich den Etat für die Verbraucher-Beratungsstellen eines Landes in die Hände. Er wird mit 50 000 DM vom Bund und mit 100 000 DM vom Land getragen. Mehr als zwei Drittel dieses Etats wurden für Gehälter und administrative Kosten verbraucht.

Frage: Was schlagen Sie vor, um diese unbefriedigende Situation zu verbessern?

Lucie Beyer: Was fehlt, ist erstens eine Koordinierung des Bestehenden und damit auch eine Übersicht über alle zur Verfügung stehenden Mittel, zweitens die Schaffung von Einrichtungen, wie z.B. eines Warentest-Institutes, um damit die Möglichkeit einer besseren Markttransparenz zu schaffen. Und drittens: die Verbesserung unserer gesetzlichen Bestimmungen, damit ein besserer Schutz für die Verbraucher erreicht wird.

Frage: Sie sprachen eben von der Schaffung eines Warentest-Institutes. Wurden für dieses Institut nicht bereits in Haushalt 1963 Mittel bereitgestellt?

Lucie Beyer: Sie haben recht. Unsere Fraktion hat die Beratung des Haushalts 1963 dazu benutzt, für die schon lange gewünschte Einrichtung eines Warentest-Instituts erstmals 500 000 DM zu beantragen. Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen.

Frage: Wie müßte dieses Warentest-Institut Ihrer Meinung nach aussehen?

Lucie Beyer: Ich darf davon ausgehen, daß in den bisherigen Beratungen im Ausschuß weitgehende Einigung über die Aufgaben und die Art der Institution erreicht worden ist. Die Situation ist so, daß bezüglich des Warentests die Interessenlagen der Hersteller, des Handels und der Verbraucher verschieden sind. Andererseits muß es unser Bestreben sein, sie trotz aller Verschiedenheit an einen gemeinsamen Tisch zu bekommen, um Streit von vornherein zu vermeiden. Es muß nur darauf geachtet werden, daß die Aufgaben genau abgegrenzt sind und damit auch die Entscheidungsbefugnisse. Legt ich den Vorschlag der Verbände zugrunde, so soll ein zwölfköpfiges Gremium gebildet werden, das aus je vier Vertretern der Hersteller, des Handels und der Verbraucher bestehen soll. Entscheidungen sollen mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden. Außerdem sollte ein Vorstand durch das Wirtschaftsministerium berufen werden, dessen Mitglieder vom Verwaltungsrat vorgeschlagen werden. Der Vorstand muß klein sein und sich aus völlig unabhängigen Persönlichkeiten zusammensetzen.

Frage: Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Verbraucheraufklärung vor?

Lucie Beyer: Hier gibt es eine ganze Fülle von Vorschlägen. Ich möchte davon ausgehen, daß die Funktion des Verbrauchers in der heutigen Volkswirtschaft eine völlig andere ist als in den Zeiten der großen Arbeitslosigkeit oder der Kriegs- und ersten Nachkriegszeit. Wir haben alle den Eindruck, daß es einer geschickten unterschwelligeren Werbung gelungen ist, einem Teil der Verbraucher zu suggerieren, daß kostspielige Anschaffungen sein natürliches Prestige erhöhen. Weiter müssen wir feststellen, daß bei der Anschaffung moderner Haushaltsmaschinen nicht immer bedacht wird, in welchem Umfang und Ausmaß diese auch wirklich ausgenutzt werden können. Wichtige Untersuchungen der Ausschüsse des Rationalisierungskuratoriums gerade zu diesen Fragen sind in der Öffentlichkeit viel zu wenig bekannt. Sie könnten aber dem Verbraucher wertvolle Hinweise geben.

Frage: In welchem Alter sollte Ihrer Meinung eine bewusste Verbraucheraufklärung einsetzen?

Lucie Beyer: Ich meine, damit kann man gar nicht früh genug beginnen. Bereits in der Schule sollte mit dieser wichtigen Aufgabe angefangen werden. Es ist zu prüfen, inwieweit im staatsbürgerlichen Unterricht auch Wirtschaftspolitik und volkswirtschaftliche Fragen mit behandelt werden können. Unabhängig davon müßte der technische Unterricht in den Schulen nach meiner Meinung wesentlich erweitert werden.

Frage: Gibt es europäische Staaten, in denen solche Maßnahmen bereits verwirklicht werden?

Lucie Beyer: Ja! Schon 1949/50 konnte ich in Schweden erleben, wie mit der Schulreform und der Einbeziehung des technischen Elementarunterrichts auch die Erziehung zum bewußten Konsumenten als wesentlicher Bestandteil des Unterrichts angesehen wurde.

Frage: Frau Beyer, lassen Sie uns zum Schluß noch auf ein weiteres Problem zu sprechen kommen. Wir meinen die Überverteilung der Verbraucher durch bestimmte Marktgruppen. Haben Sie und Ihre Kollegen im Bundestag auch dazu Vorschläge gemacht?

Lucie Beyer: Jawohl, auch zu diesen Fragen haben wir eine ganze Reihe von Vorschlägen ausgearbeitet. Man hört so oft die Behauptung, daß der Käufer nach dem Teuereren greife und das Billige liegen lasse. Wir glauben nicht, daß das in dieser Verallgemeinerung zutrifft. Ich bin davon überzeugt, daß der Käufer, der so handelt, dies aufgrund seiner ganzen Unsicherheit tut. Es mangelt einfach an Orientierungsmöglichkeiten, der Verbraucher hat in dem Dschungel der Angebote, Preise und Deklarationen den Überblick verloren.

Frage: Wie könnte man ihm helfen, sich zu orientieren?

Lucie Beyer: Auch hier könnte man eine ganze Reihe von Maßnahmen nennen. Ich will Ihnen nur einen - allerdings sehr wesentlichen - Vorschlag sagen: die Preisauszeichnungspflicht müßte verstärkt und die Überwachung verbessert werden. Wie soll sich auch der Verbraucher über die Preise ein Bild machen können, wenn heute mehr als 20 Preisnamen gebraucht werden? Auch fehlende, bzw. mangelnde Gewichtsangaben bis hin zur bewußten Manipulation, wenn Sie an die Riesenpackungen denken oft nur 3/4 gefüllt sind, sind an der Tagesordnung.

+ + -

#### Warnsignal

#### Zum Inkrafttreten der USA-Zollvergeltung

sp - Der Leidtragende des "Hähnchenkrieges" ist die deutsche Autoindustrie. Transporter des Volkswagenwerkes kosten nun seit Dienstag dieser Woche bis zu 948 DM mehr, die Folge der nun in Kraft getretenen USA-Zollvergeltungsmaßnahmen. Genau um den gleichen Betrag, um den der Export von USA-Hähnchen in die EWG-Länder zurückging - Hauptabnehmer des Geflügels war die Bundesrepublik - wurden die Zölle auf bestimmte Ausführungsprodukte der EWG-Länder verkürzt. Die exportempfindliche Bundesrepublik ist davon am meisten betroffen.

Gewiß handelt es sich bei der bestehenden Größenordnung des Handels zwischen beiden Ländern nicht um hohe Summen, sowohl die USA als auch die Bundesrepublik können sie leicht verkraften. Als Warnzeichen kann freilich die USA-Zollvergeltung nicht übersehen werden. Als Ausdruck der Entschlossenheit, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, ist sie ernst zu nehmen. Im wirtschaftlichen Bereich hört jeder Spaß auf. Die hier geschaffenen Fakten haben mehr Gewicht als die üblichen Freundschaftsbeteuerungen. Die USA-Regierung stand unter dem Druck mächtiger Farmerinteressenten, sie wollten sich nicht vom europäischen Markt verdrängen lassen. Dort, wo eine Einschränkung des Exports erfolgt, wie im Falle der Hähnchen, sind Repressalien unausbleiblich.

Dies ist gewiß ein trüber Auftakt für die im Mai einsetzende Kennedy-Runde, die den imponierenden für die Freiheit der westlichen Welt notwendigen Versuch unternehmen soll, die Wirtschaft der USA mit der Europas noch enger zu verzahnen. Jeder dritte Arbeitsplatz in der Bundesrepublik ist vom weltweiten Export abhängig. Pro Kopf der Bevölkerung wurden 1962 Waren im Wert von 930 DM ausgeführt. Zahlen also, die uns geradezu verpflichten, unsere Tür weltweit offen zu halten.

+ + -